Geniessen Sie stilvolle Gartenmöbel & Grills!
GardenLiving
FURNITURE & BBQ
Gufenhaldenweg 4, 8708 Männedorf
Tel. 044 790 42 35/076 573 22 75
www.gardenliving.ch/info@gardenliving.ch
Offen: Di.–Fr. 10–12/14.00–18.30 Uhr
Sa. 10.00–16.00 Uhr

Freitag, 25. April 2014 | Nr. 17 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

VORSICHT VOR DEM SOZIALISTISCHEN REZEPT AUS DEM GIFTSCHRANK

NEIN zum staatlich diktierten Mindestlohn

Kaum sind einige Monate verstrichen, seit der Souverän mit einem klaren Verdikt die 1:12-Initiative abgelehnt hat und schon steht wieder eine Initiative zur Abstimmung, welche aus der sozialistischen Ecke kommt. Nachdem man bei 1:12 die Löhne nach oben begrenzen wollte, will man mit der Mindestlohninitiative die Löhne nach unten begrenzen. Beides ist ordnungspolitisch falsch und muss strikte abgelehnt werden. Das Festlegen von Löhnen ist Sache der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Staat hat hier nichts zu suchen.

Hans-Ulrich Lehmann
Unternehmer
Glattfelden

Der Ruf nach dem Staat wird von der Linken und den Gewerkschaften immer lauter und die Mittel aus dem Giftschrank der Sozialisten sind immer verhängnisvoller (1:12, Mindestlohn, Erbschaftssteuer, erwerbsloses Grundeinkommen).

All diese Rezepte sind falsch, weil sie die Verantwortung und die Leistungsbereitschaft der Bürger untergraben und den Glauben an den allmächtigen Wohlfahrtsstaat nähren, welcher auf der langen Achse eine grosse Utopie ist.

Innovation statt Staat

Die Schweiz hat nie über günstige Voraussetzungen verfügt, um reich zu werden.

Unser Land besass weder einen Meeresanstoss, noch einen eigenen Zugang zu Häfen, weder verfügte es über bedeutende grössere Rohstoffvorkommen, noch über grosse landwirtschaftliche Nutzflächen. Und trotzdem erarbeitete unser Land einen Wohlstand, der es zu den reichsten Staaten der Welt mit den sozial am besten verteilten Einkommen gemacht hat.

Warum?

Weil wir eine Bevölkerung haben, die sich in entscheidenden Situationen gegenüber Neuem aufgeschlossen erwies und stets innovativ und anpassungsfähig war. Wir sind uns gewohnt, nicht immer sofort nach dem Staat zu schreien.

Wir können den Etatismus wählen, doch dieser Weg führt in die Sackgasse. Er ist dadurch charakterisiert, dass der Bürger als betreuungsbedürftig betrachtet wird, so dass alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeiten durch den Staat, das heisst die Bürokratie kontrolliert werden sollen.

Wir können aber den gesunden, freiheitlichen Weg wählen, wo der Staat den Gefahren wehrt, Missbräuche bekämpft und schwerwiegende Störungen jeglicher Art verhindert, aber für alle als Unternehmer tätig ist. Auf diesem Weg braucht es keine Mindestlohnregulierung, sondern verantwortungsvolles Anpacken. Es kann doch nicht sein, dass in Zukunft der Ungelernte fast den gleichen Lohn verdient wie der Gelernte. Die Berufslehre würde dadurch zur Farce und für viele uninteressant werden.

Verantwortung statt Regulierung

Es kann doch nicht sein, dass arbeitsintensive Produktion noch mehr ins Ausland verlagert wird, weil hierzulande mit Mindestlöhnen von Fr. 22.–/Stunde diese Arbeit nicht mehr verrichtet werden kann.

Es kann doch nicht sein, dass mit einem flächendeckenden Mindestlohn den wirtschaftlichen unterschiedlichen Regionen keine Rechnung getragen wird. Lebenshaltungskosten, Lohnniveau, Steuerbelastung, Topographie und wirtschaftliche Strukturen können nicht über einen Leist geschlagen werden. All die Unterschiede machen unsere Schweiz aus und dürfen nicht mutwillig zerstört werden.

Es kann doch nicht sein, dass mit einem staatlichen Mindestlohn suggeriert wird, wir hätten eine gerechtere Welt. Schauen wir doch um uns herum, überall im nahen Ausland wo sozialistische Regierungen am Werk sind, haben wir eine grössere Arbeitslosigkeit und viel tiefere Wachstumsraten. Es kann doch nicht sein, dass sich die Gewerkschaften selber abschaffen wollen? Oder doch?

Mit der Annahme der Mindestlohninitiative bräuchte es die Gewerkschaften nicht mehr – das einzig Positive, dass ich an dieser Initiative finden konnte.

GEGEN DEN WEITEREN ABBAU VON STRASSENKAPAZITÄTEN

SVP des Kantons Zürich startet Anti-Stauinitiative

Die SVP des Kantons Zürich kämpft gegen immer mehr Stau auf den Strassen des Kantons. Mit einer Volksinitiative will sie verhindern, dass der Kanton immer mehr Kapazitäten auf Zürichs Strassen abbaut, wie sie am Dienstag an einer Medienkonferenz bekannt gab. «Tag für Tag stecken wir im Stau», sagte Parteipräsident Alfred Heer bei der Vorstellung des Volksbegehren. Die SVP ist überzeugt, mit der Anti-Stauinitiative das richtige Mittel gegen die Verkehrsschikanen ergriffen zu haben. Gut ausgebaute Verkehrswege, die das steigende Verkehrsaufkommen in unserem Kanton jederzeit bewältigen, sind eine Grundlage für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

Christian Meier, Unterengstringen, Präsident der SVP-Verkehrskommission, sieht in der heute betriebenen Verkehrspolitik im Kanton Zürich «eine Geschichte von Schikanen». Während den Stosszeiten herrsche auf der Schiene wie auf der Strasse das nackte Chaos, analysierte Meier.

Misst man diese Misere, dann kommt man für das Strassennetz allein auf dem Gebiet des Kantons Zürich auf jährliche Staukosten von 140 Mio. Franken.

Die Praxis der letzten Jahre beweise im Übrigen, dass die sogenannte Angebotssteuerung nur eine nette Umschreibung für «Kapazitätsabbau» bedeute. Die Kantonsverfassung fordert aber von Kanton und Gemeinden ein leistungsfähiges Verkehrssystem. Die Handlungsweise von Regierungsrat, kantonaler Verwaltung sowie der Städte Zürich und Winterthur stehe dazu aber im Widerspruch.

Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum hat laut *Kantonsrat und Verkehrsplaner Roland Scheck, Zürich,* zur Folge, dass die Verkehrsinfrastruktur heute aus allen Nähten platzt, da sie ursprünglich für eine geringere Verkehrsnachfrage dimensioniert worden ist. Darauf reagierten Kanton und Gemeinden mit enormen Investitionen in den öffentlichen Verkehr und in das Veloroutennetz.

Beim motorisierten Individualverkehr hingegen werde das zur Verfügung stehende Geld aus ideologischen Motiven nicht für den Ausbau, sondern für den Rückbau des Strassennetzes verwendet, erklärte Scheck. Die SVP-Initiative verlange nichts anderes, als dass die Leistungsfähigkeit von Strassen mit überkommunaler Bedeutung an der Nachfrage des motorisierten Individualverkehrs auszurichten sei, so Scheck.

Dabei dürften die bestehenden Strassen nicht zurückgebaut werden.

Gemeinderat Martin Hirs, Zollikerberg, sieht als Gemeindepolitiker die aktuellen grossen Probleme in der heutigen Verkehrsgestaltung. «Zollikon ist während den Hauptverkehrszeiten gefangen im Stau», sagte Hirs. Zollikon habe als Nachbargemeinde von Zürich zwei der meistbefahrenen Staatsstrassen im Kanton.

Jeden Werktagmorgen stauten sich die Autos auf diesen Strassen, weil sie in oder durch die Stadt fahren müssen. Anstatt die steigende Nachfrage des motorisierten Individualverkehrs zu befriedigen, entgegne man mit Kapazitätsverknappung durch Pförtneranlagen, Kapphaltestellen und weiteren sogenannten verkehrsberuhigenden Massnahmen, sagte Hirs. Eine verantwortungsvolle und vorausschauende Strassenplanung dürfe die steigende Nachfrage unseres Individualverkehrs nicht einschränken und damit unsere Wirtschaft nachhaltig schädigen.

Deshalb sei die von der SVP lancierte Anti-Stauinitiative für unsere wirtschaftliche Zukunft nötig und wichtig, sagte der Gemeindepolitiker.

Die Referate finden Sie auf Seite 3.

GOAL GLOSSAR
simpel
simpel
<lat.> simplex – «einfach»
Wenn die Wählerinnen und Wähler auf der Strasse denken: «Diese Botschaft, dieses Plakat ist einfach und simpel, das könnte auch von mir kommen!», dann haben wir gewonnen. Denn dann versteht jeder die Kampagne. Deshalb entwickeln wir für unsere Kunden simple Botschaften und Visualisierungen. Weil Wahlen und Abstimmungen Mehrheiten benötigen!
Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch
GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.
Mit der Ackerbau-Pauschalversicherung sind Ihre Kulturen und Ihr Kulturland immer gut versichert –
gegen Hagel und andere Naturgefahren.
Zertifiziertes Managementsystem SQS ISO 9001
Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch
Schweizer Hagel
Suisse Grêle
Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Christoph Mörgeli

Rechenkünste der Armeebestatter

SP, Grüne und GSoA wissen genau: Mit dem Argument der Sicherheit haben sie weder die geringste Glaubwürdigkeit noch das Ohr des Volkes. Darum setzen die Gegner der Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen auf die Kosten. Und hoffen so, bei den sparsamen Schweizern zu punkten. Nur vergessen sie, dass die Stimmbürger besser rechnen können – gerade bei den Staatsausgaben. Der Souverän weiss genau: Die Sparpolitik gehört nicht zur Kernkompetenz der linken Störfeuerschützen gegen den Gripen. Dennoch lautet das Credo der medial verstärkten Salven der rot-grünen Armeeabschaffer: Der neue Kampfjet kostet uns 10 Milliarden Franken. Ob Bastien Girod oder Anita Fetz oder Christian Levrat – alle diese Rechenkünstler kommen auf 10 Milliarden Franken. In Wahrheit betragen die Beschaffungskosten in den nächsten zehn Jahren 3,1 Milliarden, also gut 300 Millionen pro Jahr. Und die Unterhaltskosten für die nächsten dreissig Jahre zusätzliche 3 Milliarden. Eigentlich könnten wir uns das problemlos aus dem ordentlichen Armeebudget leisten. Doch die drei Damen und ein SP-Mann im Bundesrat versuchten mit der referendumsfähigen Fondslösung von Beginn an, den Gripen abstürzen zu lassen. Gemäss linkem Rechenbüchlein müssten wir Bürgerlichen jetzt auch andere Zahlen nennen. Etwa statt der jährlichen 1,4 Milliarden Asylkosten jedes Mal 42 Milliarden – weil wir ja die nächsten dreissig Jahre mit einbeziehen könnten. Statt 2,9 Milliarden Auslandbeziehungen (speziell Entwicklungshilfe) wären es dreissig Mal mehr, also 87 Milliarden. Statt 20 Milliarden Bundesgelder für die soziale Wohlfahrt wäre fortan die Zahl 600 Milliarden Sozialausgaben zu nennen. Mal sehen, ob die Linken solch abenteuerliche Zahlen genauso geduldig schlucken, wie es die Armeebefürworter bei den 10 Gripen-Milliarden tun.

Wer genau hat eigentlich Panik? Und welche Seite lässt jedes Niveau vermissen? Sicher nicht jene, die aus Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen die Tiger-Jets mit ihrer Technik aus Zeiten der Mondlandung ersetzen wollen. Und schon gar nicht jene, die keine Flieger kaufen, die heute schon in der Luft sind, weil deren Technologie und Elektronik in Kürze veraltet sein wird. «Papierflieger», so heisst das gegenwärtig liebste Schimpfwort der Linken. «Papierlose», so heisst dagegen nach wie vor ihr liebstes Hätschelwort.

ES GEHT UM FRIEDEN, FREIHEIT UND WOHLSTAND

Wir brauchen den Gripen

Unsere militärischen Fachleute sind überzeugt: Um den Luftschutz für die Sicherheit unserer Bevölkerung und unseres Landes gewährleisten zu können, müssen dringend die veralteten Tiger-Kampfflugzeuge ersetzt werden.

Verena Herzog
Nationalrätin SVP
Frauenfeld

Die Tiger sind nicht nur technisch veraltet und teuer in der Instandhaltung, sie können nachts und bei schlechtem Wetter kaum Einsätze fliegen. Um diese veralteten Maschinen ersetzen zu können, holte der Bundesrat vier verschiedene Offerten ein. Es standen der Eurofighter, die F/A 18, der Gripen und der Rafale zur Auswahl. Nach einer sorgfältigen Evaluation entschied sich der Bundesrat für die Beschaffung von 22 Flugzeugen des Typs Gripen E der Firma Saab AB.

Finanziell tragbar

Der Gripen E erfüllt alle militärischen Anforderungen, sein Nutzwert unter Berücksichtigung aller Krite-rien wurde als «gut» beurteilt. Sein Radar und die Lenkwaffen als Schlüsselelemente eines Kampfflugzeuges neuster Generation sind top modern und leistungsfähig. Der Gripen E verursacht die tiefsten Betriebskosten und hat klar das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis. Er ist für die Armee finanziell tragbar. Der Kauf erfolgt über das ordentliche Armeebudget respektive aus dem Spezialfonds, dem es mit dieser Vorlage zuzustimmen gilt. Es sind keine zusätzlichen Steuergelder erforderlich.

Schweden als Partner

Grössere Geschäfte haben ausländische Lieferanten gemäss den Grundsätzen des Bundesrats zu 100 Prozent zu kompensieren, so auch bei der Gripen-Beschaffung. Mit dem Kompensationsvolumen von 2,5 Milliarden Franken kann die Schweiz eine sehr hohe Wertschöpfung erzielen.

Wettbewerbsfähige Schweizer Unternehmen haben die Möglichkeit, Bestandteile für das Kampfflugzeug zu liefern. Von solchen Aufträgen profitieren Unternehmen in allen Landesteilen. Ein JA zum Gripen ist deshalb auch ein JA zu Aufträgen und zu Arbeitsplätzen im Werkplatz Schweiz.

Sicherheit, der Garant für Wohlstand und Freiheit

Die Sicherheit eines Landes ist das wesentliche Element, um in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben zu können. Es ist deshalb eine vorrangige Aufgabe des Staates, für die Sicherheit zu sorgen. Ich bin überzeugt, dass auch in Zukunft ein verlässlicher Luftschirm notwendig ist, um die Armee am Boden zu schützen, um luftpolizeiliche Aufgaben zu erfüllen und um die Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewährleisten.

Erstabdruck im Schweizer Soldat.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Die Parolen zur Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 finden Sie auf www.svp-zuerich.ch

(Die kantonale Delegiertenversammlung fand nach Redaktionsschluss statt.)

ABSTIMMUNG VOM 18. MAI

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen

Wird ein Straftäter aufgrund eines Sexualdelikts mit Kindern oder abhängigen Personen (z.B. Behinderten) verurteilt, soll er das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Dies will die vorliegende Initiative, über welche wir am 18. Mai abstimmen.

Karin Egli-Zimmermann
Kantonsrätin SVP
Elgg

Gemäss Art. 11 der Bundesverfassung haben Kinder und Jugendliche Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung. Das Wohl des Kindes ist ein wichtiges Rechtsgut. Jede mögliche seelische und körperliche Gefährdung soll verhindert werden.

Hohe Rückfallquote

Pädophile sind Erwachsene, die sich zu Kindern/Jugendlichen im Vorpubertätsalter hingezogen fühlen. Dies kann sowohl Knaben wie Mädchen betreffen. Pädophilie ist nicht heilbar. Dies bestätigen auch Fachleute. Wer pädophil ist, bleibt es. Pädophile können in einer Therapie höchstens lernen, mit ihrer Störung umzugehen. Sie können lernen, heiklen Situationen auszuweichen. Dazu gehört, Orte mit Kindern zu meiden. Das Maximum, das Therapeuten bei Sexualverbrechern erreichen können, ist die Bereitschaft zur Selbstkontrolle. Es ist wichtig, dass sie nicht mehr in die Nähe von Kindern gelangen und so in Kontakt mit potenziellen Opfern kommen – sei es im Beruf oder in der Freizeit. Gemäss internationalen Studien ist die Rückfallquote bei 40 bis 50 Prozent.

Griffige Initiative

Der Bundesrat und der Ständerat haben die Initiative abgelehnt. Im Parlament kam zwar kein Gegenvorschlag zur Initiative zustande, doch die Ratsmehrheit beurteilte die geltenden Regelungen als lückenhaft und ungenügend. Darum befasste sich ein kürzlich vom Parlament verabschiedetes Gesetz mit dem Anliegen der Initiative. Es sieht ein obligatorisches Berufsverbot von 10 Jahren vor, aber erst bei einer Mindeststrafe von sechs Monaten. Gemäss diesem Gesetz müssen die Gerichte das Verbot nur für Tätigkeiten aussprechen, die einen regelmässigen Kontakt zu Minderjährigen umfassen. Der Begriff «regelmässiger Kontakt» schafft Unklarheiten, da dieser bei der Beurteilung viel Spielraum lässt, während die Initiative klar formuliert ist.

Die Initiative verlangt deshalb ein lebenslängliches Berufsverbot ohne Mindeststrafe im Zusammenhang mit Minderjährigen und Abhängigen für verurteilte Sexualstraftäter.

Das Thema Jugendliebe wird hier immer wieder angesprochen. Dafür gibt es im Art. 187 Ziff. 2 und Ziff. 3 StGB bereits eine Auslegung, die zum einen den Altersunterschied zwischen den Beteiligten von nicht mehr als 3 Jahren als straffrei deklariert und zum anderen dass der Richter bei unter 20-jährigen bei besonderen Umständen ebenfalls von einer Strafe absehen kann. Im Weiteren wird auch im Ausführungsgesetz diese besondere Bestimmung zu regeln sein. Ich bitte Sie, der Initiative am 18. Mai 2014 zuzustimmen.

STUDENTEN- UND BILDUNGSAUSTAUSCH JA, ABER MIT VORBEHALTEN

Erasmus+ : Teuren Selbstbedienungsladen trockenlegen

Der Bundesrat hat eine Übergangs- und Alternativlösung zur vollständigen Assoziierung der Schweiz ans EU-Bildungsprogramm «Erasmus für alle» (Erasmus+) präsentiert. Er zeigt damit, dass es durchaus möglich ist, mit einer gezielten Unterstützung den Studenten- und Bildungsaustausch zu fördern. Bisher floss nur ein Drittel der Mittel, welche der Schweizer Steuerzahler an das EU-Bildungsprogramm ablieferte, auch wirklich in den eigentlichen Studentenaustausch. Der Rest wurde in Form eines skandalösen, Steuergeld verschlingenden Selbstbedienungsladens unter anderem in allerlei fragwürdige Projekte vom Pinocchio-Forum über Vegetarier-Kampagnen bis zu Zirkus- und Yoga-Kursen ausgeschüttet. Die SVP fordert vor diesem Hintergrund, dass auf eine vollständige Assoziierung an Erasmus+ auch in Zukunft verzichtet wird. Zudem ist der Auftrag an die umsetzende, nationale Agentur aufzulösen oder anzupassen und die entsprechenden Mittel für deren Organisation und die Begleitmassnahmen sind zu kürzen.

SVP. Über 80 Millionen Franken wollen Bundesrat und Parlament bis 2020 in der Struktur der nationalen Agentur und in «Begleitmassnahmen» zum Programm Erasmus+ versickern lassen. Für die Beteiligung am effektiven Programm hatte das Parlament 2013 für die Jahre 2014 bis 2020 über 185 Millionen Franken gesprochen. Gemäss Aussagen von Bundesrat Schneider-Ammann hat die EU in der Folge ein Mehrfaches von diesem Betrag als Beitrag der Schweiz verlangt, bevor die Verhandlungen unter noch immer undurchsichtigen Umständen im Februar dieses Jahres gescheitert sind.

Absurde Umverteilungsprogramme

Dies hat sich in der Folge als Glücksfall erwiesen, wurde das Parlament doch im vergangenen Jahr faktisch über den Tisch gezogen. Niemandem war aufgefallen, dass ein Grossteil der Steuergelder, welche die National- und Ständeräte für den Studentenaustausch auszugeben meinten, im Vorgängerprogramm von Erasmus+ in fragwürdige «Bildungsprojekte» flossen, welche genügend dreiste Organisationen und Privatpersonen bis hin zu Bundesbetrieben und anderen öffentlichen Trägerschaften alimentierten und ihnen teilweise sogar als willkommenes Geschäftsmodell ein Auskommen ermöglichten. Selten kam in der Schweiz die Absurdität anonym und zentral organisierter, internationaler Umverteilungsprogramme krasser an die Oberfläche.

Fokussiert Mittel einsetzen

Für die SVP ist klar, dass der Studentenaustausch Bildungsziele verfolgen muss und der Exzellenzförderung zu dienen hat. Zudem darf nicht vergessen werden, dass der studentische Austausch und Studien im Ausland bisher längst nicht nur über die Erasmus-Programme erfolgten. Vielmehr haben die EU-Programme eine fragwürdige Erwartungshaltung an den Staat kreiert.

Die Schweiz sollte die Beteiligung an diesen unsinnigen Programmen so rasch wie möglich stoppen. Die vom Bundesrat vorgelegte Übergangslösung zeigt, dass die öffentlichen Mittel ohne Probleme fokussiert für die gewünschten Bildungsziele und die studentische Mobilität eingesetzt werden können.

Dieser Weg sollte konsequent weitergegangen werden. Eine vollständige Assoziierung an Erasmus+ braucht es hingegen nicht und darf es auch nicht mehr geben.

Anti-Stauinitiative: Worum geht es?

Verkehrspolitik im Kanton Zürich: Eine Geschichte von Schikanen

Unabhängig von der jeweiligen weltanschaulichen Haltung ist unbestritten, wie man das Zürcher Verkehrssystem wahrnimmt: Während der Stosszeiten herrscht auf der Schiene wie auf der Strasse das nackte Chaos. Misst man diese Misere, dann kommt man für das Strassennetz allein auf dem Gebiet des Kantons Zürich auf jährliche Staukosten von 140 Mio. Franken.

Christian Meier
Präsident
SVP-Verkehrskommission
Unterengstringen

Eine hochstehende Volkswirtschaft wie diejenige des Kantons Zürich ist auf ein leistungsfähiges, auch zu Spitzenzeiten nicht kollabierendes, Verkehrssystem angewiesen, genauso wie es die frühesten Grossreiche der Qin, der Römer und der Inkas waren. Ein solches Verkehrssystem gab es 1985. Es ist unbestritten, dass dies heute auch nicht ansatzweise mehr zutrifft, und dass etwas geschehen muss. Es besteht sogar ein Verfassungsauftrag! Die auf 1. Januar 2006 in Kraft getretene Kantonsverfassung beauftragt im Artikel 104 Kanton und Gemeinden, u.a. für ein leistungsfähiges Verkehrsnetz zu sorgen.

Heutiger Widerspruch zur Verfassung

Der Regierungsrat verabschiedete am 13. September 2006 seine Gesamtverkehrskonzeption. Aus dem zeitlichen Kontext heraus müsste man annehmen, dass darin der Verfassungsauftrag konkretisiert würde. Liest man diese Gesamtverkehrskonzeption im Detail, muss man jedoch zum Schluss kommen, dass diese wohl in Unkenntnis des genauen Verfassungsauftrags erarbeitet wurde. Denn auf Seite 33 taucht ein neuer Begriff im Zusammenhang mit dem Hauptverkehrsstrassennetz auf: angebotsorientiert. Der Regierungsrat arbeitet also mit einem neuartigen Mittel, er verknappt künstlich das Angebot, um die von ihm erwünschte Wirkung, eine Einschränkung der Mobilität, zu erreichen. Wann verknappt er Esswaren gegen Fettleibigkeit, wann werden Strom, Fernwärme und Benzin rationiert?

Der Regierungsrat sieht also für den Strassenverkehr vor, eine Angebotssteuerung einzuführen, mit dem Ziel, den Modalsplit zu verschieben. Die Praxis der letzten Jahre beweist, dass Angebotssteuerung nur eine nette Umschreibung für «Kapazitätsabbau» bedeutet. Die Kantonsverfassung fordert aber von Kanton und Gemeinden ein leistungsfähiges Verkehrssystem! Die Handlungsweise von Regierungsrat, kantonaler Verwaltung sowie der Städte Zürich und Winterthur steht im Widerspruch zur Verfassung!

In der Verfassung steht zwar ebenfalls, dass der öffentliche Verkehr gefördert und ausgebaut werden soll. Es ist jedoch klar, dass sich nur dann jemand neu in einen überfüllten Bus zwängt, wenn parallel dazu das Autofahren unattraktiv gemacht werden könnte. Wir kennen dies, es werden Spuren und Parkplätze abgebaut, der Verkehr vor Kaphaltestellen und Mischverkehrszonen gestaut, Einfallsachsen blockiert und Lichtsignale nach unergründlichen Prinzipien gesteuert, oder wenn überhaupt, dann nach dem Prinzip «rote Welle».

Klare Verhältnisse schaffen

Man würgt gerade denjenigen Verkehrsträger ab, der kantonal gesehen mehr als zwei Drittel der in Personenkilometern gemessenen Verkehrsleistung erbringt. Und selbst in innerstädtischen Gebieten trägt der MIV knapp die Hälfte der Verkehrsleistung. Würde es gelingen, auch den Güterverkehr, der in Tonnenkilometern gemessen wird, ebenfalls mit darzustellen, ergäbe sich ein noch eindeutigeres, nicht umzuinterpretierendes Bild.

Und was überhaupt nicht berücksichtigt ist, ist der Umstand, dass sowohl die Bevölkerung wie auch die individuelle Mobilitätsnachfrage noch ungebremst wachsen. Darum muss man diese Strassenverkehrsdrosselung ganz klar als schleichenden wirtschaftlichen Selbstmord bezeichnen.

Die SVP lanciert darum eine kantonale Volksinitiative gegen den Kapazitätsabbau (Anti-Stau-Initiative). Dabei soll der Artikel 104 den Kanton dazu verpflichten, auf Strassen von überkommunaler Bedeutung keinen Kapazitätsabbau mehr zuzulassen. Diese Formulierung ist notwendig, um den Interpretationsspielraum einzuengen, den Regierungsrat und Verwaltung bisher zu Ungunsten des leistungsfähigsten Verkehrsträgers ausgenutzt haben. Da der Kapazitätsabbau ein sehr ungünstiges – wenn nicht sogar negatives – Kosten/Nutzenverhältnis hat, führt die Verhinderung von weiteren Kapazitätsabbauvorhaben nebenbei auch noch zu einem haushälterischeren Umgang mit Steuer- und Gebührengeldern!

Vorausschauend in die Zukunft

Anstatt die steigende Nachfrage des MIV zu befriedigen, entgegnet man heute mit Kapazitätsverknappung durch Pförtneranlagen, Kapphaltestellen und weiteren verkehrsberuhigenden Massnahmen. Die teure, unproduktive Zeit im Stau, schwächt unser lokales Gewerbe und schränken ihr Tätigkeitsgebiet immer stärker ein.

Martin Hirs
Gemeinderat SVP
Zollikerberg

Aufgewachsen unweit der Seestrasse in Zollikon, überquerte ich diese schon als Kind um im Sommer ein erfrischendes Bad im See zu nehmen. Damals, vor über 30 Jahren, dachte man gar nicht daran, den Umweg durch die Unterführung zu nehmen. Es gab genug verkehrsfreie Zeitpunkte um die Strasse gemütlich zu queren. Heute ist eine oberirdische Querung der Seestrasse nur noch schwer möglich. Zollikon hat als Nachbargemeinde von Zürich zwei der meistbefahrenen Staatsstrassen im Kanton. Jeden Werktagmorgen stauen sich die Autos auf diesen Strassen, weil sie in oder durch die Stadt fahren müssen. Dies müsste nicht so sein, hätte man raumplanerisch vorausschauend gehandelt.

Zuwenig berücksichtigt wurde, dass der begrüssenswerte Ausbau der S-Bahn auf zwei Spuren und die Direktverbindung Stadelhofen-Meilen eine enorme Bautätigkeit und als Konsequenz eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auslöste. In Kombination mit der hohen Zuwanderung sieht die heutige Siedlungsstruktur im Bezirk Meilen wie auch in anderen Bezirken ganz anders aus. Was sich hingegen wenig verändert hat, ist die Leistungsfähigkeit überkommunaler Strassen. So sieht heute die See- oder Forchstrasse noch fast gleich aus wie noch vor 30 Jahren und Entlastungsstrassen sucht man vergebens.

Gefangen im Stau

Anstatt die steigende Nachfrage des MIV zu befriedigen, entgegnet man mit Kapazitätsverknappung durch Pförtneranlagen, Kapphaltestellen und weiteren verkehrsberuhigenden Massnahmen. Durch diese Politik will man den Nutzer des MIV zum Umsteigen auf den ÖV bekehren. Auch unser Nachbar, die Stadt Zürich setzt voll auf derartige Umerziehungsmassnahmen. Sie schert sich nicht darum, dass unsere Gemeinde für die Süd- und Westanbindung auf ein leistungsfähiges Strassennetz durch ihr Stadtgebiet wirtschaftlich angewiesen ist. Die absurde Schaltung der Ampeln an der Bellerivestrasse, welche durch die Stadt gesteuert wird, trägt täglich zum Stau in unserer Gemeinde bei. Auch die Situation über die Alternativroute via Fällanden und Dübendorf bietet ein ähnliches Bild – Zollikon ist während den Hauptverkehrszeiten gefangen im Stau.

Die heute vorherrschende Stausituation und die teure, unproduktive Zeit im Stau, schwächen unser lokales Gewerbe und schränken ihr Tätigkeitsgebiet immer stärker ein. Es kann nicht sein, dass heute ein Gewerbetreibender schneller im über 50 Kilometer entfernten Linthgebiet ist, als in einer Ortschaft auf der «anderen» Stadtseite.

Wirtschaft nicht weiter schädigen

Abhilfe soll das breit diskutierte «Road Pricing» schaffen. Damit will man sich einmal mehr nicht an der Nachfrage orientieren, sondern den Verkehr lenken und beschränken und zusätzlich eine neue Geldquelle für teure Strassenverschönerungs- bzw. Abbauprojekte erschliessen. Unsere heutige individuelle Mobilität ist ein Zeichen unseres Wohlstan des und unserer hohen Wirtschaftsleistung.

Wir dürfen diese nicht aufgrund kurzfristiger Umweltgedanken aufs Spiel setzen. Denn mit der heutigen Entwicklung ist es sehr gut möglich, dass unser zukünftiger MIV grossmehrheitlich mit erneuerbarer Energie betrieben wird. Eine verantwortungsvolle und vorausschauende Strassenplanung darf die steigende Nachfrage unseres Individualverkehrs nicht einschränken und damit unsere Wirtschaft nachhaltig schädigen. Deshalb ist die nun lancierte «Anti-Stau»-Initiative für unsere wirtschaftliche Zukunft nötig und wichtig.

Jetzt bestellen
Unterschriftenbogen sind ab sofort erhältlich:
sekretariat@svp-zuerich.ch oder
Telefon 044 217 77 66.
Weitere Informationen:
www.anti-stauinitiative.ch

VOLKSINITIATIVE «WERBEVERBOT FÜR ALKOHOL AUF SPORTPLÄTZEN UND SPORTVERANSTALTUNGEN»

Das Blaue Kreuz zielt auf lokale Sportvereine

Auf den ersten Blick kann die Initiative, über die wir am 18. Mai 2014 abstimmen, so verstanden werden, Alkoholwerbung passt doch nicht zu Sportveranstaltungen. So will es auch das heutige, bereits in Kraft stehende Gesundheitsgesetz, welches die Werbung für Tabak, Alkohol und andere Suchtmittel in Sportanlagen bereits ausreichend einschränkt.

Hans-Peter Meier
Gemeinderat SVP
Wila

Die missionarische Initiative des Blauen Kreuz zielt jedoch direkt auf die zahlreichen Veranstaltungen im ehrenamtlichen Vereinssport. Jeder lokale Sportanlass wäre von zusätzlichen Einschränkungen betroffen.

Salamitaktik der Initianten

Die Initianten beherrschen die Salamitaktik bestens. Die Initiative zielt in einem ersten Schritt nur auf Sportvereine und Sportveranstalter. Sie zielt damit auf jene Institutionen, die kosteneffizient und ehrenamtlich mit 80000 Freiwilligen Jugendarbeit leisten und Menschen integrieren. Warum gilt das Verbot vorerst nur für Sportveranstaltungen? Wie steht es um die Werbung an Openairs, Messen, Konzerten und Quartierfesten? Warum gilt das Verbot nur für den Kanton Zürich?

Die Initianten spielen mit gezinkten Karten, das Werbeverbot wird später auf andere Zielgruppen und Regionen ausgeweitet!

Es trifft die Falschen

Die ideologisch getriebene Blaukreuzinitiative trifft direkt unsere 2300 ehrenamtlich organisierten Sportvereine und vertreibt die Sponsoren. Tausende kleine, grosse, lokale und regionale Sportveranstaltungen sind auf die Unterstützung von Sponsoren angewiesen (Ausgabetheken, Kühlschränke, Bänke, Zelte, etc.). Im Durchschnitt werden rund 30 Prozent des Reingewinns, welcher in die Vereinskassen fliesst um die Mitgliederbeiträge tief zu halten, mit Sponsorenleistungen und ehrenamtlichem Engagement erwirtschaftet. Eine Annahme der Initiative hätte zwangsläufig eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge, der Startgelder oder der Streichung von Sportanlässen zur Folge.

Sportler haben eine hohe Selbstverantwortung

Sportler haben im ehrenamtlich geführten Sportverein eine prägende Lebensschule durchlaufen. Leiterinnen und Leiter oder Freunde waren Vorbilder. Sportler setzen sich selber Schranken, so nehmen die Sportvereine und -verbände fast ausnahmslos an der Präventionskampagne cool@clean von Swiss Olympic teil. Sportler brauchen keine weiteren Verbote und Vorschriften.

Initiative ist unnötig und bringt eine Einschränkung mehr

Die polemisch gefärbte Initiative ist unnötig, die heutigen Beschränkungen für Alkoholwerbung auf Sportplätzen sind völlig ausreichend. Die freiwilligen Veranstalter von kleinen und auch grossen (Sport-)Veranstaltungen wurden in den letzten Jahren mit einer massiven Zunahmen von Vorschriften und Abgaben unter Druck gesetzt (Mehrwertsteuer, Gebühren, Sicherheitsvorschriften, Lärmvorschriften, Hygienevorschriften, usw.). Zudem gehen Sportveranstalter mit bestem Beispiel voran, wenn sie zum Beispiel wie beim Kantonalen Turnfest, das Wasser zu vergünstigten Konditionen anbieten.

Die provozierende Initiative verdient nicht nur ein Nein, sondern eine wuchtige Ablehnung. Sie verhinderte mehr als sie nützt.

Hans-Peter Meier ist OK-Präsident Kantonalturnfest 2017 im Tösstal.

Inserat

SVP BEZIRK PFÄFFIKON

Gripen – Das richtige Flugzeug für die Schweiz

Die SVP des Bezirks Pfäffikon lud am Donnerstag vor einer Woche zu einem öffentlichen Informationsabend mit Markus Gygax ein.

Markus Gygax, KKdt aD, im Gespräch mit interessierten Parteimitgliedern.

SVP Bezirk Pfäffikon. Bezirkspräsident Stefan Krebs konnte den über 70 Teilnehmern in Russikon einen hochkarätigen Referenten zum Thema «Warum wir den GRIPEN brauchen» vorstellen. Der Wisliger Markus Gygax, KKdt aD, ehemals Kdt Schweizer Luftwaffe, analysierte vorab gekonnt das globale Umfeld und zeigte die zunehmende Mobilität in der Luft auf.

Dass ein sicherer Luftverkehr in der Schweiz jeden etwas angeht, blieb unbestritten. Die Bemerkung eines Zuhörers, weshalb die «kleine» Schweiz überhaupt eine gewisse Anzahl Kampfflugzeuge brauche, konterte Markus Gygax mit dem schlüssigen Argument «weil wir in unserem kleinen Luftraum im Herzen Europas, eine sehr kurze Vorwarnzeit haben und daher bei Bedarf und entsprechender Lage, bereits in der Luft sein müssen.»

Modern, leistungsfähig und bezahlbar

Spannend waren seine Ausführungen zum zeitlichen Ablauf eines Flugzeugkaufs. Sofern der Souverän am 18. Mai 2014 Ja zum Gripen-Fonds-Gesetz sagt, wird das erste Flugzeug 2018 in der Schweiz erwartet, das letzte 2020. Die beiden Fliegerstaffeln werden 2023 operationell sein. Wie schnell sich eine politische Lage ändern kann, weiss man nicht erst seit der Krise in der Ukraine. Daher muss man die Zukunft möglich machen, indem wir uns vorsehen. Wie bei der Feuerwehr oder der Unfallversicherung müssen wir die Armee bereithalten und regelmässig materiell nachrüsten, um sie hoffentlich nie einsetzen zu müssen, so der sichtlich engagierte Gygax.

Nebst der Typenfrage stand auch die Finanzierung im Vordergrund der abschliessenden Diskussionsrunde. Ein Kampfflugzeugkauf sei ein Paketkauf, so Gygax, ansonsten würde sich der Preis zwischen Einzelflugzeug und Paket mindestens verdoppeln. Daher müssen, wie beim GRIPEN vorgesehen, die Ausbildung, die Simulatoren, die Ausrüstung, die Systeme für die Aufklärung, die Luft-Luft-Bewaffnung und die Luft-Boden-Bewaffnung im Paket integriert sein. Der GRIPEN soll über einen Fonds finanziert werden, der jährlich mit 300 Mio. Franken aufgestockt wird. Das Geld kommt aus dem regulären Militärbudget, welches der ganzen Armee zur Verfügung steht. Es muss also niemand, auch kein anderes Departement, wegen der Armee sparen!

Mit dem Schlussstatement, «der GRIPEN sei das richtige Flugzeug für die Schweiz, weil modern, leistungsfähig und bezahlbar», schloss Markus Gygax seinen Vortrag.

ÜBERPARTEILICHES KOMITEE «JA ZUM SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE»

Aktuelles Beispiel in Zug zeigt: Schutz der Privatsphäre ist dringender denn je!

Die Zuger Regierung hat einer US-Firma den Auftrag zur elektronischen Erfassung von 100 000 Steuererklärungen aller Privatpersonen und Unternehmen im Kanton Zug erteilt. Solche Ideen gilt es zu stoppen – Steuerdaten sollen die Verwaltung weder physisch noch elektronisch verlassen. Das Beispiel zeigt: Der unsensible Umgang der Behörden mit unserer finanziellen Privatsphäre sowie die jüngsten Datenlecks durch den Internet-Bug «Heartbleed» machen die Initiative für den Schutz der Privatsphäre notwendiger denn je.

Komitee. Vor knapp einem Jahr fiel der Startschuss zur Unterschriftensammlung des überparteilichen Komitees für die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre», bestehend aus Vertretern von FDP, SVP, CVP, Lega, SGV und HEV. Deren Unterschriftensammlungen sind auf Kurs. Es werden in den nächsten Wochen die letzten benötigten Unterschriften gesammelt. Der jüngste Datenmissbrauchsfall «Heartbleed» sowie aktuelle Ereignisse im Kanton Zug unterstreichen die Wichtigkeit der Initiative. Diese will den Schutz der finanziellen Privatsphäre in der Bundesverfassung ausdrücklich verankern. Damit wird der automatische Informationsaustausch auf nationaler Ebene ausgeschlossen und das Bankkundengeheimnis wenigstens für Personen mit Wohnsitz oder Sitz in der Schweiz gewahrt.

Im Kanton Zug hat die Regierung einer US-Firma den Auftrag zum Scannen von rund 100 000 Steuererklärungen aller Privatpersonen und Unternehmen im Kanton Zug ab 2015 erteilt. FDP und SVP des Kantons Zug wollen das mit einer Motion stoppen und die Steuerdaten ihrer Bevölkerung schützen. Aber auch Unternehmen, die am international beliebten Standort stark anfällig für Wirtschaftsspionage sind, müssen neben dem Schutz der finanziellen Privatsphäre auch auf den Schutz von Forschungs- und Entwicklungsinformationen zählen können, welche die Steuererklärung teils umfassen.

Kein Schutz vor Steuerbetrug/-hinterziehung

Die Initiative schützt weder Steuerbetrug noch Steuerhinterziehung. Ein Gericht soll gemäss Initiativtext künftig darüber entscheiden, ob ein begründeter Verdacht auf eine Steuerstraftat besteht. Ist dies der Fall, können Dritte Informationen an die Steuerbehörden weitergeben. Die Kantone werden also Zugang haben zu diesen Daten. Bisher hatten sie diese Informationen nur in Fällen von nachgewiesenem Betrug. Steuerstrafdelikte sind keine Kavaliersdelikte und sollen hart bestraft werden. Dafür braucht es aber klare Spielregeln.

In einer Zeit, in der der Staat immer allgegenwärtiger wird, steigt aber die Gefahr von Datenmissbrauch, wenn die – auch finanzielle – Privatsphäre nicht mehr ausreichend geschützt ist. Sie ist aber ein zentrales Gut einer liberalen Gesellschaft. Verhindern wir den gläsernen Bürger! Drittstaaten wollen unser Recht internationalen Trends unterordnen, indem eine totale Staatskontrolle eingeführt wird, was aber unserer Tradition – wonach der Bürger das letzte Sagen hat – widerspricht.

Schutz der Privatsphäre hat Schweiz stark gemacht

Unser Land muss sein einmaliges Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat bewahren. Denn dieses hat der Schweiz zu Wohlstand und Stabilität verholfen. Das überparteiliche Komitee der Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» fühlt sich durch die jüngsten Ereignisse in seinem im Kampf gegen einen interventionistischen und allwissenden Staat bestärkt.

In den nächsten Monaten wird die bisher erfolgreiche Unterschriftensammlung weitergeführt, sodass auch in Zukunft das Vertrauen und die Eigenverantwortung der Bürger erhalten bleibt, welche die Stärke unseres Landes ausmachen.

LESERBRIEFE

Dank an die Redaktion und an Pfarrer Peter Ruch

Dass «Der Zürcher Bote» vor Feiertagen – einer allseits liebgewordenen Tradition folgend – die Feder für das Editorial jeweils einem prominenten Kirchenmann überlässt, möchte ich an dieser Stelle – sicher auch im Namen des Grossteils unserer Leserschaft – würdigen und verdanken.

War es noch vor Jahren der gute Brauch, dass die Tageszeitungen unseres Landes, auch die Kirche gelegentlich, sei es wenigstens zu Karfreitag, Ostern, Pfingsten oder Weihnachten um Rat baten, wird heutzutage medienseits meistenorts nichts unterlassen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Werte unseres christlichen Glaubens zu verschmähen oder sie gar der Lächerlichkeit preiszugeben.

Nicht so: «Der Zürcher Bote». Eine löbliche Ausnahme!

Peter Ruch, Pfarrer in Küssnacht am Rigi, versteht es wie kaum ein Zweiter, das Evangelium Christi herüberzubringen. Nicht nur auf der Kanzel, sondern auch in seinem schriftlichen Ausdruck – sprachlich gewandt – ist er ein wahrer Meister. Kein Wort zu viel, keines zu wenig! Er bringt, was er zu sagen hat, ohne Schnörkel auf den Punkt. Seine gehaltvollen Botschaften sind keine faden Süpplein. Im Gegenteil, strotzend vor Würze – basierend auf Alltagsbezug und Christologie – mahnen sie uns zur Besinnung.

Es ist zu hoffen, dass Pfarrer Peter Ruch dem Publikationsorgan unserer Partei noch lange erhalten bleiben möge.

Heinz Sommer,
Uster

Fall Mörgeli, Anweisungen von ganz oben

«Die Weltwoche», Nr. 16 vom 17. April 2014

Ich bin froh und begrüsse es, dass der Journalist Philipp Gut in diesem Fall am Ball bleibt und immer mehr Licht in die Affäre Christoph Mörgeli bringt. Die früheren Aussagen von Mörgeli und seine Vermutungen werden immer mehr bestätigt. Bezeichnend ist, dass die neusten Enthüllungen von den übrigen Printmedien kaum oder nur kurz erwähnt werden, während das Staatsfernsehen gänzlich schweigt. Es bemüht sich nur dann akribisch, wenn es vermeintliche Erfolge gegen Mörgeli zu vermelden gibt; oft mit gütiger Unterstützung von linken Strafrechtsprofessoren.

Als Bürger und Steuerzahler frage ich mich zunehmend, woher die hochbezahlten Professoren aber auch die Leiter von Verwaltungen die Zeit nehmen, solcherart Intrigen einzuleiten und sie anschliessend zu bewirtschaften. Sind an diesen Stellen grosse Überkapazitäten vorhanden oder stehlen diese Leute schlicht die bezahlte Zeit bzw. benutzen fremde Infrastrukturen für persönliche Interessen? An dieser Stelle könnten doch die erwähnten Strafrechtsprofessoren ihre Meinung abgeben, ob bei den Mörgeli-Gegnern nicht Ehrverletzung (üble Nachrede, Verleumdung) evtl. auch ungetreue Geschäftsbesorgung vorliegt?

Dass unter den Protagonisten, die Mörgeli loswerden möchten, auch Parteienvertreter der SP und CVP fungieren, ist weiter nicht erstaunlich. Unverständlich ist jedoch die perfide Art und Weise der Zielerreichung. Die Uni-Leitung, Vertreter der Politik sowie die betroffenen Professoren sollten doch Vorbilder sein – auch in charakterlichen Belangen – gegenüber den vielen jungen Menschen, die am Institut täglich ein- und ausgehen. Nach allem, was bis heute im Fall Mörgeli passiert ist, würde ich mich schämen, wenn meine Kinder die Universität Zürich besuchten. Sie haben sich wohlweislich vor Jahren für eine andere Hochschule entschieden.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Einseitiger Rundumschlag der Rundschau

(Rundschau vom 16.4.2014)

Wie oft wird uns eigentlich dieser unsägliche Lutz Unterseher, der Hofschreiber der SP Schweiz, noch als anerkannter Sicherheitspolitiker serviert? Offensichtlich hat die Rundschau-Redaktion keinen prominenten Schweizer Spezialisten gefunden, der auf ihre tendenziösen Fragen die gewünschten Antworten lieferte. Es ist dem Militärpiloten Martin Hess hoch anzurechnen, dass er sachlich blieb. Er überzeugte mit seinem Fachwissen, damit erwarb er sich Glaubwürdigkeit. Natürlich konnte die Rundschau ebenso wenig der Versuchung widerstehen, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Wesentlich ist unter anderem, ob ein Staat in ein Bündnis eingebunden ist. Auch davon hängt die Anzahl Kampfflugzeuge ab. Warum verstärkt wohl die NATO zurzeit den Luftraum in Osteuropa? Eben. Welch ein Glück, dass wir einen Verteidigungsminister haben, der es nicht nur versteht, die Dinge ins Lot zu rücken, sondern dem arroganten Moderator auch gleich noch den Tarif erklärt. Bravo Herr Bundesrat Maurer! Ohne Sie wäre die Sendung definitiv unerträglich gewesen.

Irène Thomann, Winterthur

Mindestlohn – Ein Angriff auf unser Bildungssystem

Mit ihrer Mindestlohninitiative wollen Gewerkschaften und linke Parteien wieder einmal Geld, das sie nicht erarbeitet haben, das ihnen nicht gehört, sozusagen fair und gerecht umverteilen. Tatsache aber ist: Der soziale Frieden und die vielen Gesamtarbeitsverträge zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften stehen auf dem Spiel, wenn ein staatlicher Mindestlohn über alle Arbeitsverhältnisse gestülpt wird. Wo bleibt der Anreiz für eine Lehre, für eine Ausbildung, wenn Schulabgänger als Hilfsarbeiter ohne Leistungseinsatz den Minimallohn von 4000 Franken einfordern können? Die Initiative ist ein Frontalangriff auf unser duales Bildungssystem, welches uns seit Jahren eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit garantiert. Eine Lehre baut darauf, dass Schulabgänger bei steigendem Lohn ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen erweitern. Mit einem Abschluss eröffnen sich ihnen weitere Bildungsstufen, sei es eine berufliche Weiterbildung oder eine Berufsmatura mit einem Studium. Auf der anderen Seite stehen Unternehmen, die wegen der hohen Minimallöhne immer mehr hereinholen müssten. Entweder kommen die Mitarbeitenden unter Druck, weil sie mehr leisten müssen oder die Betriebe werden umstrukturiert und Arbeiten ausgelagert. Ein Mindestlohn von 4000 Franken wäre weltweit Spitze und tönt sehr verlockend. Aber es ist der Weg in die Sackgasse. KMU und Gewerbebetriebe sind die Stützen unserer Volkswirtschaft. Ein hoher Minimallohn schwächt diese, vor allem in Grenzregionen.

Darum sage ich NEIN zur übertriebenen Mindestlohn-Initiative.

Margreth Rinderknecht,
Kantonsrätin, Wallisellen

ZUR ZÜRCHER VOLKSABSTIMMUNG VOM 18. MÄRZ 2014

Fragwürdige Kirchensteuerpflicht für juristische Personen

In zahlreichen Kantonen werden von juristischen Personen Kirchensteuern erhoben, so auch im Kanton Zürich. Das Bundesgericht schützt diese fragwürdige Praxis. Leider fehlt den Politikern der Mut, den unbefriedigenden Zustand zu korrigieren. Faktum ist: In der Rechtswissenschaft lehnt die herrschende Lehre die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen ab – mit gutem Grund. Wer nicht Mitglied einer Gemeinschaft ist, darf auch nicht zur Finanzierung derselben herangezogen werden.

Gregor A. Rutz
Nationalrat SVP
Vizepräsident SVP ZH
Zürich

Die Kirchensteuer ist eine wichtige Quelle zur Finanzierung kirchlicher Aufgaben. Da die Kirchenhoheit in der Schweiz im Besitz der Kantone ist (Art. 72 BV), existieren 26 verschiedene Ausgestaltungen des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, aber auch der Kirchensteuerpflicht.

Keine Steuern für Nichtmitglieder

An sich ist es lapidar: Juristische Personen können einer Religionsgemeinschaft nicht angehören. Darum dürfen sie auch nicht zur Finanzierung einer solchen herangezogen werden.

Die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen verstösst u.E. gegen die Bundesverfassung: Es geht nicht an, dass Nichtmitglieder für die Finanzierung öffentlich-rechtlich anerkannter Religionsgemeinschaften mitverantwortlich sind. Die Argumentation des Bundesgerichts, dass zur Bezahlung von Kirchensteuern herangezogen werden dürfe, wer einer Religionsgemeinschaft nicht nur nicht angehören wolle, sondern auch nicht angehören könnte, ist wenig logisch.

Zu ergänzen bleibt auch die Tatsache, dass hinter jeder juristischen Person letztlich natürliche Personen (Aktionäre, Genossenschafter etc.) stehen, welche indirekt durch die auf ihrem Gesellschaftsvermögen erhobenen Kirchensteuern in ihrer Religionsfreiheit verletzt sein können.

Die negative Glaubensfreiheit schützt auch nach Auffassung des Bundesgerichts Nichtangehörige einer Religionsgemeinschaft vor der Besteuerung durch dieselbe (vgl. BGE 124 I 253). Während das Bundesgericht jedoch nur die spezifische Besteuerung für eigentliche Kultuszwecke verbietet, erlaubt es Zuwendungen aus allgemeinen Steuererträgnissen – dies namentlich mit Bezug darauf, dass die staatliche Neutralität in Religionsfragen in der Schweiz nicht absolut verstanden wird, was sich in der öffentlich-rechtlichen Anerkennung einzelner Gemeinschaften manifestiert.

Diese Begründung wird vor dem Hintergrund, dass mitunter auch muslimische und andere Gemeinschaften die öffentlich-rechtliche Anerkennung anstreben, noch einmal überdacht werden müssen. Die genannten Fragen werden auch Thema diverser politischer Debatten sein.

Zunehmende Steuerlast mit fehlender Verfassungsgrundlage

In Deutschland ist die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts verfassungswidrig (vgl. hierzu BVerfGE 19, 206). Anzufügen ist, dass Deutschland andere staatskirchenrechtliche Voraussetzungen kennt, indem die Kirchgemeinde ein Personenverband (und keine Gebietskörperschaft) ist; damit lässt sich nicht an die Gebietshoheit anknüpfen.

Trotzdem ist die Begründung, dass Religionsgesellschaften gegenüber Personen, welche ihnen nicht angehören, keine hoheitlichen Befugnisse ausüben können, auch für die Schweiz relevant.

Auch der Aspekt der Wirtschaftsfreiheit kann vor dem Hintergrund, dass jede Steuer letztlich ein Eingriff in das Privateigentum ist, nicht einfach ausser Acht gelassen werden.

Dass Steuern und Abgaben immer öfter von Personen bezahlt werden müssen, welche von der jeweiligen Angelegenheit nicht betroffen sind, ist eine problematische Tendenz. Eine ähnliche Entwicklung ist etwa im neuen Radio- und Fernsehgesetz auszumachen, welches TV- und Radio-Empfangsgebühren auch für Haushaltungen vorsehen möchte, die nicht einmal über ein Empfangsgerät verfügen.

Würde man diesen Gedanken zu Ende führen, müsste wohl bald jeder Velofahrer eine Autobahnvignette kaufen.

Da juristische Personen die Dienste der Kirche nicht beanspruchen, ist es nicht begründet, sie mit Kirchensteuern zu belasten. Auch die Argumentation, Steuern seien voraussetzungslos geschuldete Abgaben, hilft nicht über diesen Mangel hinweg. Es handelt sich hier nicht um gewöhnliche Steuern, welche das Gemeinwesen erhebt, sondern über spezielle Steuern, welche von einzelnen Religionsgemeinschaften erhoben werden, welche öffentlich-rechtlichen Status beanspruchen.

Das Bundesgericht hielt stets, wenn auch mit einem gewissen Zögern, an der Kirchensteuerpflicht juristischer Personen fest. Zunächst geschah dies namentlich aus Respekt vor dem föderalistischen System unseres Landes.

Ein nachvollziehbarer Grund, welcher, wenngleich juristisch nicht ganz überzeugend, doch auf einen gewissen Pragmatismus und politische Klugheit baut.

Der Staat nimmt alles Geld gerne

Mittlerweile hat sich die Begründung des Bundesgerichts aber geändert: Diese knüpft namentlich bei den Interessen des Fiskus an. Nun wird immer wieder argumentiert, dass das Geld, welches mit einer Abschaffung der Kirchensteuerpflicht für juristische Personen ausbleiben würde, den Kirchen dann fehle. Diese Argumentation ist heikel – denn damit könnte auch der Steuerfuss für natürliche Personen ständig erhöht werden.

Die Zürcher Regierung hat 1995 und 1999 Berichte beim Sozialwissenschaftler Charles Landert in Auftrag gegeben. Die Resultate entsprachen durchwegs den Ansichten des damaligen Regierungsrates Markus Notter.

Landert argumentierte dahingehend, dass für die Kirchen «die Erträge von juristischen Personen mit etwa einem Sechstel des Gesamtvolumens keine unbedeutende Summe» darstellen würden, «derweil im Einzelfall die Bezahlung des Kirchensteueranteils für eine juristische Person kaum eine Überlebensfrage darstellen dürfte». Ähnlich tönt es im Argumentarium der Initiativgegner: «Kein Unternehmen wird durch die Kirchensteuer nennenswert belastet.»

Wer so argumentiert, ist politisch wenig glaubwürdig.

«Fiscus non erubescit», pflegten die Römer zu sagen: Der Fiskus errötet nicht. Er nimmt seine Steuergelder gerne entgegen, woher sie auch immer stammen.

Es ist die oberste Aufgabe der Politik und der Gerichte, hier Grenzen zu setzen – namentlich, um das Privateigentum zu schützen.

RÜCKBLICK ZUR CARLOS-DEBATTE

29 200 Franken und die Folgen

In der Debatte um den Fall «Carlos» foutierte sich das Kantonsparlament um die Probleme. SVP-Kantonsrat Roland Scheck nannte diese in seinem Votum beim Namen.

Roland Scheck
Kantonsrat SVP
Zürich

Wer war nicht schockiert, als die Oberjugendanwaltschaft in ihrem Bericht vom 6. September 2013 die unglaubliche Zahl von 29 200 Franken präsentierte. 29 200 Franken monatliche Kosten – und wohlverstanden: für den Täter, und nicht für das Opfer. In unserem Land kommt der Täter in den Genuss einer staatlichen Rundum-Betreuung.

Der Bericht der Oberjugendanwaltschaft zeigt auch, wie sich der Betrag von 29 200 Franken zusammensetzt. Und diese Einzelposten stimmen einen noch bedenklicher. So weit, so gut. Jetzt haben wir in der Justizkommission aber die eigentliche Offerte der Firma RiesenOggenfuss gesehen. Wir haben gesehen, wie dieser Betrag von 29 200 Franken tatsächlich offeriert wurde. Und ich muss Ihnen sagen, diese Offerte hat eine ganz andere Struktur, als wir sie aus dem Bericht der Oberjugendanwaltschaft kennen.

Es sind gröbere Positionen mit anderen Bezeichnungen und anderen Beträgen, die da pauschal und ohne jeglichen Leistungsbeschrieb offeriert wurden und in der Summe dann aber wieder diese 29 200 Franken ergeben. Leider verbietet mir das Amts- und Kommissionsgeheimnis, die einzelnen Positionen und die entsprechenden Beträge zu nennen.

Ein Fall der Sozialindustrie

Aber, ich kann Ihnen einfach eines sagen: Wenn Sie schon von der Zusammenstellung im Bericht der Oberjugendanwaltschaft schockiert waren, dann würden Sie die tatsächliche Offerte nicht für möglich halten. Was da offeriert wurde, hat meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Diese Offerte hat mir endgültig gezeigt, dass wir es eigentlich gar nicht mit einem einfachen Fall Brian Keller zu tun haben, sondern mit einem Sozialindustrie-Fall. Wir haben in unserem Land eine gierige Sozialindustrie, die sich an unserem Steuersubstrat gütlich tut.

Dabei mache ich den einzelnen Playern aus der Sozialindustrie – wie in diesem Fall jetzt der Firma RiesenOggenfuss oder dem Familienclan Bequiri – nicht einmal den grössten Vorwurf. Diese Anbieter holen sich einfach, was sie können. Aber inakzeptabel ist, wenn auf der anderen Seite des Vertrags ein Auftraggeber sitzt, der solche Sachen unterschreibt.

Und jetzt sind wir bei Jugendanwalt Gürber … Ex-Jugendwalt. Nachdem ich diese Offerte gesehen habe, gibt es nur eine Konklusion: Wer eine solche Offerte genehmigt, macht sich zum Handlanger des Systems, der Sozialindustrie. (Und Herr Gürber hat inzwischen ja sogar auch noch die Seite gewechselt).

Und das ist alarmierend. Wir haben im Sozialwesen die Problematik, dass die Sozialindustrie inzwischen auf beiden Seiten des Vertrags steht. Und das Geld, das man fliessen lässt, ist das Geld von ändern. Und diese Zustände werden uns irgendwann über den Kopf wachsen.

Nun, nachdem wir in der Justizkommission feststellen mussten, dass der vorliegende Bericht nicht einmal ansatzweise die Intention hat, diese Missstände aufzudecken haben die SVP-Vertreter in der JUKO bereits zu einem frühen Zeitpunkt klargemacht, dass wir den Bericht ablehnen.

Wohlfühlbericht

Es ist ein Wohlfühlbericht, der allen Beteiligten ein Türchen öffnet, um das Gesicht zu wahren. Mit diesem Bericht finden alle unbeschadet aus dem Fall heraus, nur jemand nicht, meine Damen und Herren: und zwar der Steuerzahler! Der tüchtige Steuerzahler finanziert diese nimmersatte Sozialindustrie weiter.

Und deshalb hat die SVP auch eine PUK gefordert, denn nur so lassen sich die systemischen Probleme aufklären und beheben.

Aber nur, wenn man das will, – und das ist offenbar nicht der Fall – denn auch unser Antrag auf eine PUK wurde bekanntlich abgelehnt.

Inserat

Fadegrad

von
Roland Scheck

Sozialistische Stadt

Gemäss Raumplanungsgesetz müssen Nutzungspläne periodisch, in der Regel jedoch spätestens innert 15 Jahren überprüft und nötigenfalls angepasst werden, wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Die letzte Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Zürich wurde 1999 durchgeführt.
2014 wäre also das richtige Jahr, um diese Überprüfung durchzuführen. Auch deshalb, weil am 9. Februar dieses Jahres die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative stattfand. Diese Abstimmung änderte die Verhältnisse definitiv, ganz abgesehen von ihrem Ausgang. Sowohl bei einem JA wie auch bei einem NEIN hätte das der BZO zugrundeliegende Bevölkerungswachstumsszenario revidiert werden müssen.
Der 9. Februar des Jahres 2014 wäre also der richtige Trigger gewesen. Aber was machte der Stadtrat? Er wollte nicht warten und führte schon im Jahr 2013 eine Teilrevision durch. Also unmittelbar vor der grossen Weichenstellung bezüglich Masseneinwanderung. So kopflos kann eine Regierung doch gar nicht handeln, würde man im ersten Moment denken. Oder war es vielleicht doch nicht kopflos?
Und prompt stossen wir im Entwurf der Teilrevision auf einen neuen Artikel, der jeden liberalen Geist stutzig macht: Im neuen Artikel 4b – welcher landläufig bereits als Willkür-Artikel bezeichnet wird – geht es um die sogenannte kooperative Planung. Wird die Nutzweise und Zweckbestimmung der Gebäude in einer Weise festgelegt, die einer wertvermehrenden Um- oder Aufzonung gleichkommt, sind mittels kooperativer Planung ein angemessener Mindestwohnanteil für Kostenmiete, eine städtebauliche Aufwertung und eine qualitätsvolle bauliche Verdichtung sicherzustellen.
Nichts an diesem Artikel ist messbar, womit die privaten Investoren der Willkür der Stadtverwaltung ausgeliefert werden. Ein Freipass für den Eingriff in die Eigentumsrechte. Mit der Verpflichtung zur Kostenmiete wird es für Private nicht mehr interessant, Wohnungen zu bauen. Und jetzt sind wir bei der wahren Absicht des Stadtrats. Bei der teilrevidierten BZO geht es in Tat und Wahrheit um eine schleichende Enteignung. Die Stadt Zürich möchte den Wohnungsmarkt in die eigenen Hände kriegen und die Privaten verdrängen.
Nur weil sie es beim Bevölkerungswachstumsszenario nicht so genau nimmt, ist die Teilrevision der BZO also alles andere als kopflos, sondern unterliegt einem höchst gefährlichen Masterplan. Dieser ist offensichtlich: Der rot-grüne Stadtrat will die «Sozialistische Stadt». Mit der kooperativen Planung soll die sozialistische Idee auf das Stadtmodell übertragen werden. Abschaffung des privaten Grundeigentums und Überwindung der sozialräumlichen Segregation sind die ideologischen Grundlagen dazu.
Beängstigend. Bleibt zu hoffen, dass eine Mehrheit des Gemeinderats diesen unheimlichen Plan zurückweist.

FALSCHES MOTIV

Wer einen Hafenkran zur Kunst erklärt, macht auch ein Pferd zum Stadtrat

Würde die Stadtzürcher Linke den alten Hafenkran, den sie auf Steuerzahlers Kosten vor der Verschrottung bewahrte und derzeit am Limmatquai zur Schau stellt, tatsächlich für Kunst halten, würde sie sich damit schlicht und einfach lächerlich machen. In Tat und Wahrheit geht es ihr aber um eine politische Machdemonstration.

Claudio Zanetti
Kantonsrat SVP
Gossau ZH

Der römische Kaiser Caligula galt lange Zeit als Prototyp des wahnsinnigen Herrschers. Als Beleg dafür wird häufig angeführt, er habe sogar sein Lieblingspferd zum Senator gemacht. Bestimmt wäre Caligula sehr angetan von der Idee des Zürcher Stadtrats, einen rostigen Hafenkran zum Kunstwerk zu erheben. Umgekehrt würden die Stadträte wohl nur aus Tierschutzgründen ein Pferd nicht in ihren Kreis aufnehmen. Was Kantons- und Gemeinderäten zu genügen hat, ist einem Ross noch lange nicht zuzumuten.

Die neue historische Forschung geht allerdings nicht mehr davon aus, dass Caligula wahnsinnig war. Er war wohl bloss unglaublich arrogant. Mit der Ernennung seines Pferdes «Incitatus», das, nebenbei bemerkt, aus der Zucht der «Grünen» stammte, schleuderte er den entmachteten Senatoren seine Verachtung entgegen: «Seht her! Egal, was ich mache, Ihr könnt nichts dagegen tun.» Die gleiche Geisteshaltung legen die Zürcher Linke und ihr Stadtrat an den Tag. Nicht einmal durch Budgetkürzung und eine Volksinitiative, wie jene, mit der sie den Gripen-Kauf bekämpfen, lassen sie sich von ihrem Ziel abbringen.

Unter allen Umständen soll eine weitere Niederlage gegen die SVP, die vor einigen Jahren das geplante Nagelhaus mit dem Slogan «5,9 Mio. für e Schissi!» erfolgreich bodigte, verhindert werden.

Der Cäsar von Zürich kennt keine «Clementia», keine Milde. Er hat die Macht und demonstriert nur allzu gerne, dass er sie hat.

Kompromisswillen von Taliban

Jüngstes Beispiel dafür, wie verbissen die rot-grünen Fundamentalisten ihre Ziele verfolgen, bietet die Konstituierung der Stadtregierung. Der Gedanke, dass der freisinnige, aus der Antiatomkraft-Bewegung stammende Filippo Leutenegger, das Tiefbauamt übernehmen sollte und damit für Verkehrsfrage zuständig werden, verursachte den Machthabern Bauchkrämpfe. Glaubt man dem «Tages-Anzeiger», sollen die Grünen vor Wut schäumen.

Allerdings goss der Kommentator des linken Kampfblattes noch zusätzlich Öl ins Feuer, indem er behauptete, die SP sei nicht gewählt worden, damit die FDP den Verkehr bestimme. Nach Meinung der linken Zeloten darf einem gewählten Stadtrat, der nicht stramm sozialistisch tickt und Autofahrer in die Hölle wünscht, allerhöchstens die Macht über das städtische Fundbüro zugestanden werden. Kollegialitätsprinzip? Fehlanzeige.

Um Kunst geht es beim Hafenkran aus Rostock bestenfalls am Rande. Stattdessen geht es um Herr-im-Haus-Politik. Hier wird Kunst zu politischen Zwecken missbraucht, und kein Kulturschaffender protestiert dagegen. Beides kein Novum in der Geschichte.

Linke Kunst erkennt man an ihrer Hässlichkeit

Politiker können jemandem nur Geld geben, das sie jemand anderem wegnehmen. Ist es da zu viel verlangt, wenn sie wenigstens eine gute Begründung liefern müssen? Es liegt mir fern, ex cathedra festzulegen, was Kunst ist und was nicht. Aber ich lasse mir die Antwort auf diese Frage auch nicht von irgendwelchen Funktionären aufoktroyieren. Wenn Intellektuelle und gemeine Linke einen Hafenkran als Kunst betrachten wollen, ist das ihr gutes Recht. Deren Recht ist aber nicht wichtiger, als mein Recht, ihn nicht als Kunstwerk, sondern als Kran zu betrachten, für den ich kein Geld ausgeben will.

Mit einem Hafenkran gebe ich mich nicht zufrieden. Ich erwarte mehr von Kunst. Sie muss unterhalten. Sie darf zum Lachen reizen oder provozieren – auf Kosten der Allgemeinheit in Grenzen, privat finanziert grenzenlos. Eine halbwegs originelle Idee reicht nicht.

Ich bin im Übrigen der Meinung, dass man in Zürich, verglichen mit anderen Städten, zu wenig Kunst auf öffentlichem Grund antrifft. Vor allem haben wir kaum etwas, das auch Spass macht. So lädt beispielsweise Max Bills «Pavillon-Skulptur» an der Bahnhofstrasse mehr zum Binden der Schnürsenkel und zum Verzehr eines Hamburgers ein, als zur Kunstbetrachtung.

Oder, wo wir gerade beim Essen sind: Früher baute man in Zürich Pferdestallungen, die man heute als Restaurant «Reithalle» gerne frequentiert. Umgekehrt bauen sie heute Restaurants in Kulturbauten, wie der «Fleischkäse» am Bellevue, die man keinem Pferd zumuten würde. Nicht einmal einem zum Stadtrat gewählten.

Der Basistext wurde für die Website Radio SRF 2 verfasst.

SVP-FRAKTION DES ZÜRCHER GEMEINDERATES

Abschied aus dem Gemeinderat

In den letzten zwei Ausgaben des «Zürcher Bote» richteten die Autoren den Fokus auf politische Ereignisse der zu Ende gehenden Legislatur. Wie meistens, haben auch die diesjährigen Wahlen zu personellen Veränderungen geführt, denen wir heute unsere Aufmerksamkeit schenken wollen.

ZB. Die Gemeindewahlen vom 9. Februar 2014 haben der SVP-Fraktion nicht ganz so viel Erfolg gebracht, wie in früheren Jahren – leider muss der Verlust eines Sitzes hingenommen werden.

Trotzdem wird sich die SVP in den nächsten vier Jahren anstrengen, mit 23 statt wie bisher mit 24 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten in der Politik der grössten Schweizer Stadt echt bürgerliche Akzente zu setzen. Auch beim diesjährigen Legislatur-Wechsel gibt es Fraktionsmitglieder, die der bürgerlichen Kampftruppe gegen den Steuergeld verschlingenden linken Zeitgeist in der Stadt Zürich nicht mehr angehören werden. Die Fraktion muss sich von den nachstehenden acht Gemeinderätinnen und Gemeinderäten verabschieden:

SVP Kreispartei 1/2

Hedy Schlatter
Gemeinderätin von 2005 bis 2014
Mitglied der Spezialkommission Sozialdepartement.

SVP Kreispartei 6

Beat Camen
Gemeinderat von 2013 bis 2014
Mitglied Kommission Finanzdepartement

SVP Kreispartei 9

Ruth Anhorn
Gemeinderätin von 2000 bis 2014
Mitglied Kommission Präsidial- und Schuldepartement
Mitglied Redaktionskommission
Mitglied Kommission Gesundheits- und Umweltdepartement

SVP Kreispartei 10

Dr. Guido Bergmaier
Gemeinderat von 2004 bis 2014
Mitglied Kommission Sozialdepartement/ Präsident 2012 bis 2014

SVP Kreispartei 3

Marina Garzotto
Gemeinderätin von 1997 bis 2014
Mitglied Büro des Gemeinderats
Gemeinderatspräsidentin 2010
Mitglied Kommission Präsidial-/ Schuldepartement
Mitglied Kommission Gesundheits- und Umweltdepartement
Mitglied paritätische Kommission Landrat Uri/Gemeinderat Zürich

SVP Kreispartei 7/8

Monika Erfigen
Gemeinderätin von 1999 bis 2014
Mitglied Rechnungsprüfungskommission (RPK)/Präsidentin 2002 bis 2004

Margrit Haller
Gemeinderätin von 2011 bis 2014
Mitglied Kommission Gesundheits- und Umweltdepartement
Mitglied Kommission Präsidial- und Schuldepartement

SVP Kreispartei 11

Bruno Sidler
Ratssekretär 1994 bis 1998
Gemeinderat 1998 bis 2014
Mitglied Kommission Präsidial- und Schuldepartement
Mitglied Büro des Gemeinderats
Gemeinderatspräsident 2003
Mitglied Geschäftsprüfungskommission (GPK)/Präsident 2006 bis 2008

Die Gemeinderatsfraktion bedankt sich an dieser Stelle bei den erwähnten Kolleginnen und Kollegen für den engagierten Einsatz während der Zeit ihrer Fraktionszugehörigkeit. Die besten Wünsche begleiten sie für den nächsten, ratsfreien Lebensabschnitt. Mit ihrer aktiven Politarbeit in der Fraktion haben sie dazu beigetragen, dass die Stimme der SVP im Zürcher Gemeinderat respektable Bedeutung gewonnen hat. Immerhin darf mit Stolz festgehalten werden, dass die SVP nach wie vor die grösste bürgerliche Fraktion im Gemeinderat und die stärkste bürgerliche Partei in dieser Stadt ist. Die neu zusammengesetzte SVP-Fraktion, deren offizielle Amtseinsetzung in der Gemeinderatssitzung von Mittwoch, 7. Mai 2014 erfolgt, werden wir den Leserinnen und Lesern des «Zürcher Boten» in einer der nächsten Ausgaben präsentieren.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummer 18/2014 vom Freitag, 2. Mai, werden infolge des 1. Mai der Redaktions- und Inserateannahmeschluss auf Montag, 28. April, vorverlegt.

Texte: 12.00 Uhr, Inserate: 15.00 Uhr

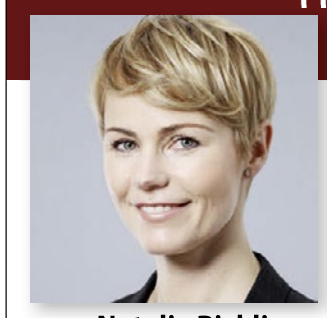
Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten. ***Redaktion und Verlag***

Volksinitiative

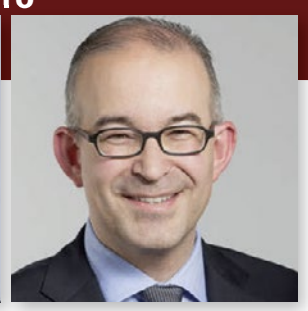
«Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

Es diskutieren:

Pro

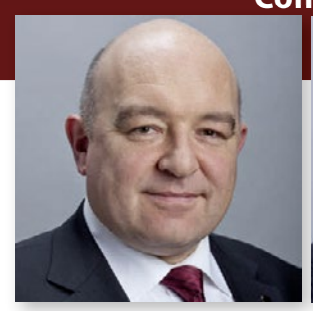


Natalie Rickli
Nationalrätin SVP



Gregor Rutz
Nationalrat SVP

Contra



Daniel Jositsch
Nationalrat SP

Daniel Vischer
Nationalrat Grüne

Leitung: Edgar Schuler, Redaktor «Tages-Anzeiger»

Dienstag, 29. April 2014, 20.00 Uhr

Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, 8706 Meilen (Kirchgemeindesaal)

Nach der Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79 • inserate@zuercher-bote.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Geschirrwaschmaschine, neuwertig, Fr. 150.–, **Gefrierschrank,** gut erhalten, Fr. 100.–. Tel. 052 365 27 35, Natel 078 717 63 87.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

ZU VERMIETEN

4,5-Zimmer-Hausteil auf Bauernhof in Bachenbülach per 1.8.2014. Neue Küche und Bad, Cheminée, ged. Sitzplatz, Garage, inkl. NK 2550.–, schwiggihof.ch M. Hiltebrand, 079 437 14 29.

TAG DER OFFENEN WEINKELLER

1. Mai, 11 bis 18 Uhr, **Degustation** von Wein, Grappa und Weinsuppe. Festwirtschaft mit Musik. Bei Familie Edi Frauenfelder, alte Andelfingerstrasse 4, 8444 Henggart.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

SVP/BGB MEILEN

Meilemer 1. Mai Anlass

„Kleinkaliber-Schiessen“

Für Jung und Alt ob Klein oder Gross
Für jede Frau und jeden Mann

am Donnerstag, 1. Mai 2014, ab 09:30 Uhr,
im Schützenhaus Büelen
Ende Feuer 11:30 Uhr

An diesem Plausch- und Volksschiessen erfolgt die Betreuung durch Mitglieder des Sport-Schützenvereins Feld-Meilen

Mitmachen kommt vor Gewinnen!

Teilnahme ist gratis. Nach dem Schiessen findet eine Rangverkündigung mit Preisverleihung durch KR Claudio Zanetti statt.

Eine Festwirtschaft sorgt für das leibliche Wohl.

Wir laden Sie, Ihre Familie und Freunde zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich ein und freuen uns auf Ihren Besuch.

1. Mai Veranstaltung

SVP-Fest auf dem Watter Dorfplatz

Mit Gastreferent **Hans Ulrich Lehmann**, Unternehmer, zur **Mindestlohninitiative,** ca. 14 Uhr

Ab 11 Uhr Festwirtschaft mit Köstlichkeiten aus dem Watter Weinberg und vom Holzkohlengrill.

Donnerstag, 1. Mai 2014
Dorfplatz, Watt (bei Regensdorf)

Für Unterhaltung sorgt „Heli“ mit seiner Schwyzeröregliformation aus dem Furttal.
www.echovomfurttal.ch

Wir freuen uns auf viele Teilnehmer.

SVP Regensdorf

www.svp-regensdorf.ch

SVP Oberwinterthur

Einladung

1.-Mai-Grillplausch

Wie jedes Jahr führen wir auch im 2014 den 1.-Mai-Grillplausch durch. Dieses Jahr haben wir Jürg Stahl, NR ZH, als Gast bei uns.

Teilnahme: Alle (Freunde, Bekannte und Verwandte etc.)

Lageplan: siehe www.waldschulzimmer-lindberg.ch
-> ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert

Zeit: Donnerstag, 1. Mai 2014, ab 11.00 Uhr
Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Programm:
11.00 Uhr Apéro
11.30 Uhr Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur anschliessend Ansprache Jürg Stahl
12.30 Uhr Mittagessen

Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–
Kinder (schulpfl.) Fr. 5.–
Die Getränke müssen separat bezahlt werden!

Anmeldung: bis spätestens 26. April an Urs Obrist
Telefon 052 202 84 44
Natel 079 414 31 22
Email: urs.obrist@hispeed.ch

- -

☐ Ja, ich nehme teil

Name _____ Vorname _____

Anzahl Erwachsene _____ Anzahl Kinder _____

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 28. April 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Freitag, 27. Juni 2014, Gemeindesaal Kappel, Gedenktag Kappeler-Milchsuppe mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 26. Mai 2014, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Hausen am Albis, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 15. Oktober 2014, 20.00 Uhr, im Singsaal des Schulhauses Mettlen, Wettswil am Albis, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Luzi Stamm und Nationalrat Hans Kaufmann.

Bezirk Bülach
Mittwoch, 7. Mai 2014, 19.00–19.45 Uhr, Landgasthof Breite, Winkel, öffentliche Diskussion zum Thema Mindestlohn – schädlich oder fair?, mit Unternehmer Hans-Ulrich Lehmann (SVP) und Kantonsrätin Rosmarie Joss (SP). Gesprächsleitung: Kantonsrat Claudio Schmid.

Mittwoch, 7. Mai 2014, 20.00 Uhr, (anschliessend an Mindestlohn-Podium), Landgasthof Breite, Winkel, Delegiertenversammlung.

Bezirk Dielsdorf / Regensdorf
Donnerstag, 1. Mai 2014, ab 11.00 Uhr, auf dem Watter Dorfplatz, 1.-Mai-Veranstaltung, Festwirtschaft mit Köstlichkeiten aus dem Watter Weinberg und vom Holzkohlengrill, mit Gastreferent Hans Ulrich Lehmann, Unternehmer, zur Mindestlohninitiative, ca. 14.00 Uhr. Für Unterhaltung sorgt «Heli» mit seiner Schwyzerörgeliformation aus dem Furttal. www.echovomfurttal.ch

Bezirk Dietikon / Urdorf
Samstag, 3. Mai 2014, 10.00 Uhr (ab 9.30 Uhr Kaffee und Gipfeli), ref. Kirche, Kirchgemeindehaus, Poststrasse 50, Dietikon, Gripen-Anlass, Ja zum «Gripen-Fondsgesetz», Abstimmung vom 18. Mai 2014. Referenten: Korpskommandant André Blattmann, Chef der Schweizer Armee, Hans Egloff, Nationalrat SVP, Markus Binder, Präsident SVP Urdorf, und Fabio Bosch, Grenadier-Offizier. Während der Veranstaltung steht ein Kinderhütedienst zur Verfügung. Im Anschluss an die Referate gemütliches Beisammensein mit Wurst und Grill, Getränken und volkstümlicher Musik.

Bezirk Horgen / Langnau am Albis
Samstag, 10. Mai 2014, 14.00 Uhr bis Sonntag, 11. Mai 2014, 18.00 Uhr, im Gutsbetrieb Rengg, RenggerChilbi, Musik, Stimmung, Essen und Trinken, Steinewerfen, Reiten, Kutschenfahrten. Samstag ab 18.30 Uhr Tanz mit «Die Entertainer», Sonntag ab 9.00 Uhr Muttertagsbrunch, musikalische Unterhaltung Akkordeon-Orchester Adliswil. Organisation: SVP Langnau am Albis und Jodlerclub Langnau am Albis.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Sonntag, 18. Mai 2014, ab 16.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Wahltreff.

Bezirk Meilen / Männedorf
Dienstag, 20. Mai 2014, 20.00 Uhr, reformierter Kirchgemeindesaal, Zentrum Leue, Männedorf, öffentlicher Informationsabend. Was macht der Kantonsrat gegen die zunehmenden Staus auf den Hauptstrassen? Müssen wir bald wieder mit Steuererhöhungen rechnen? Wann kommt der neue kantonale Richtplan? Wie verlaufen die Arbeiten für die Totalrevision des Gemeindegesetzes? Zu diesen und anderen Fragen stehen Ihnen die Kantonsräte der SVP Bezirk Meilen Red und Antwort: Theres Weber-Gachnang, Claudio Zanetti, Hans-Peter Amrein und Rolf R. Zimmermann. Anschliessend an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

Bezirk Meilen / Meilen
Donnerstag, 1. Mai 2014, ab 9.30 Uhr, im Schützenhaus Büelen, Meilen, Meilemer 1. Mai Anlass «Kleinkaliber-Schiessen». Begrüssung durch die Präsidentin Barbara Kluge und Information über den Ablauf durch Martin Seyfried, den Präsidenten der Sportschützen Feld-Meilen. Ende Feuer 11.30 Uhr, Rangverkündigung mit Preisverleihung durch Kantonsrat Claudio Zanetti.

Bezirk Pfäffikon
Donnerstag, 8. Mai 2014, 20.00 Uhr, im Saal der Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31, Pfäffikon, Podiumsveranstaltung über Gripen ja oder nein, mit Markus Gygax, ehem. Luftwaffenchef der Schweizer Armee (pro) und Joe Lang, Grüne Schweiz (contra). Gesprächsleitung: Anna Guhl, Redaktorin «Zürcher Oberländer». Eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen und der SVP des Bezirks Pfäffikon.

Stadt Winterthur / Oberwinterthur
Donnerstag, 1. Mai 2014, ab 11.00 Uhr, ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert, Grillplausch. Programm: 11.00 Uhr Apéro, 11.30 Uhr Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur, anschliessend Ansprache von Nationalrat Jürg Stahl, 12.30 Uhr Mittagessen. Kosten Verpflegung: Erwachsene Fr. 25.–, Kinder Fr. 5.–. Anmeldung bis 26. April 2014 an Urs Obrist, Telefon: 052 202 84 44, Natel: 079 414 31 22, E-Mail: urs.obrist@hispeed.ch

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 23. Mai 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Gastreferent: Kantonsrat Matthias Hauser, SVP, Hüntwangen. Thema: «Wie kann die Volksschule wieder gesunden?».

Freitag, 22. August 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referentin: Nationalrätin Natalie Rickli, SVP, Winterthur. Thema: «News aus Bundesbern».

Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Duttweiler und Schloter – von der Kunst des Möglichen».

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Dienstag, 29. April 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. Ca. 20.30 Uhr Referat von Nationalrat Toni Bortoluzzi zur «Hausarzt-Initiative».

Donnerstag, 26. Juni 2014, 19.00 Uhr, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Montag, 1. September 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 3. November 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 29. April 2014, 20.00 Uhr (Apéro 19.30 Uhr), Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, Meilen, öffentliche Podiumsdiskussion zur eidg. Volksabstimmung vom 18. Mai 2014: Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Teilnehmer: Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, pro), Nationalrat Gregor Rutz (SVP, pro), Nationalrat Daniel Jositsch (SP, contra) und Nationalrat Daniel Vischer (Grüne, contra). Leitung: Edgar Schuler, Redaktor «Tages-Anzeiger».

Donnerstag, 8. Mai 2014, 18.00 Uhr, maxon motor AG, Brünigstrasse 220, Sachseln/OW, Podiumsgespräch/44. Fabrikgespräch maxon motor AG zum Thema «Die Entwicklung im Mittleren Osten: Was sind die Konsequenzen für die Schweiz?» (Migration, Entwicklungshilfe vor Ort, Probleme mit Asylsuchenden in der Schweiz) mit NR Hans Fehr, SVP/ZH, Manuel Bessler, Vizedirektor DEZA, Delegierter für humanitäre Hilfe und Chef SKH und Mario Gattiker, Direktor Bundesamt für Migration.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 2. Mai 2014, 20.00 Uhr, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, 22. Churfirstentagung 2014, öffentlicher Anlass. «Wohin führt die bundesrätliche Europapolitik?». Referent: Nationalrat Thomas Aeschi, Zug. Umrahmung: Jodlerklub Wattwil, grosse Verlosung.

Samstag, 3. Mai 2014, 10.00–15.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnat-Kappel, Zukunftsseminar 2/14, für alle zwischen 16 und 36 Jahren, mit den Nationalräten Toni Brunner und Thomas Aeschi. Thema: «Die aktuelle Europapolitik der Schweiz – wie weiter?» Auskünfte und Anmeldung: cerantola@svp.ch oder Tel. 031 300 58 58.

Samstag, 17. Mai 2014, 11.00 Uhr (Türöffnung ab 10.00 Uhr), Stadthalle Olten, Jahresfest der SVP Kanton Solothurn: Mit den Nationalräten Christoph Blocher und Lukas Reimann sowie Weltwoche-Verleger Roger Köppel. Melden Sie sich mit Vorname, Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mailadresse per Mail auf info@svp-so.ch an. Für Fragen: Raphael Galliker, Telefon 079 330 40 16.

Gemäldeausstellung
Samstag, 5. April 2014 bis Samstag, 28. Juni 2014, im Gemeindehaus Embrach, Thema: Am Wildbach, Landschafts- und Tier-Aquarelle von Konrad Flückiger, Oberembrach. Vernissage: 5. April, 17.00 Uhr mit Nationalrat Alfred Heer, Zürich. Finissage: 28. Juni, 17.00 Uhr mit Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 25. Mai 2014, **1. Ausfahrt:** 5-Seen-Tour.

Sonntag, 22. Juni 2014, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 20. Juli 2014, **3. Ausfahrt:** Vogesen.

Sonntag, 24. August 2014, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. September 2014, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 5. Oktober 2014, **6. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 25. April 2014, Hof Spaltenstein, Tannenhof, Rankstrasse 90, Kloten. 20.30 Uhr Nachtessen.

Schlussfest
Freitag, 10. Oktober 2014, Gasthof Löwen, Mönchaltorf.

Sommerreise
Donnerstag, 7. August 2014 bis Sonntag, 10. August 2014: Nähere Angaben folgen.

Stämme
Dienstag, 13. Mai 2014, 19.00 Uhr, **1. Stamm**, Restaurant Windegg, Hochwachtstrasse 3, Albispass.

Donnerstag, 12. Juni 2014, 19.00 Uhr, **2. Stamm,** Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim a. d. Thur.

Donnerstag, 10. Juli 2014, 19.00 Uhr, **3. Stamm,** Restaurant Tanne, Dorfstrasse 24, Grafstal.

Dienstag, 29. Juli 2014, 19.00 Uhr, **4. Stamm,** Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich.

Dienstag, 19. August 2014, 19.00 Uhr, **5. Stamm,** Restaurant Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1b, Rüti.

Donnerstag, 4. September 2014, 19.00 Uhr, **6. Stamm,** Restaurant Hirschen, Dorfstrasse 2, Obfelden.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

CHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Einladung geht an: Mandatsträger und an alle interessierten Mitglieder

Stoppt den Staat, denn er ist zu teuer

2. Programmtagung für das Parteiprogramm 2015-2019

Datum:	Samstag, 17. Mai 2014
Türöffnung:	08.00 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn:	08.30 Uhr
Ende:	12.00 Uhr
Ort:	Rössli Illnau, Kempttalstrasse 52, Illnau
Programm:	**Begrüssung** *Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident*
	Die SVP und der Staat – eine Auslegeordnung *Nationalrat Christoph Mörgeli, Präsident Programmkommission*
	Gruppenarbeiten:
	A: **Steuern, Abgaben und Gebühren: Ungebremste Abzocke**
	B: **Bildung und Kultur: Immer teurer, aber nicht besser**
	C: **Soziale Wohlfahrt: Steigende Kosten – bis zum Kollaps?**
Im Anschluss:	Präsentation der Ergebnisse aus den Gruppenarbeiten / Diskussionsrunde

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Programmtagung vom 17. Mai 2014

☐ Ich melde mich für die Programmtagung an. Gruppe___
☐ Wir melden uns für die Programmtagung an: ____ Anzahl Personen. Gruppe(n)_____

Name: ..... Vorname: .....
Strasse: ..... PLZ, Ort: .....
Telefon: ..... E-Mail: .....

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch